

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2007-09-21

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: CDU-Fraktion und
Liberales, Fraktion DIE
LINKE, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Telefon:

**Ersetzungs-
antrag
Drucksache Nr.**

01773/2007 neu

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

PPP-Hallenprojekt Lambrechtsgrund

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtvertretung verpflichtet sich, zur Sicherung der Finanzierung des PPP-Hallenprojektes Lambrechtsgrund bis zum 30. Juni 2009 Vermögenswerte mit einem Gesamtwert von mindestens 8 Mio. Euro, die nicht Bestandteil konkreter Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind, zu veräußern. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Projektgruppe aus Vertretern der Fraktionen und der Verwaltung mit dem Ziel zu bilden, konkrete Finanzierungsvorschläge für die notwendigen 8 Mio. Euro zu erarbeiten und zeitnah Entscheidungsvorlagen vorzulegen.
2. Die Stadtvertretung beauftragt und ermächtigt den Oberbürgermeister, die Anpassung des Vertragspaketes zum PPP-Hallenprojekt dergestalt vorzunehmen, dass die
 - a) in Punkt 1 genannten 8 Mio. Euro sowie
 - b) 4 Mio. in Aussicht gestellten Landesmittelin das Projekt mit dem Ziel fließen, den jährlichen Zuschuss der Landeshauptstadt Schwerin von derzeit 2,4 Mio. Euro auf 1,6 Mio. Euro zu senken und die geänderten Verträge der Kommunalaufsicht vorzulegen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die haushaltsmäßigen Voraussetzungen mit dem Haushalt 2009 zu schaffen.

Begründung

Die Stadtvertretung hat das Hallenprojekt in ihrer Sitzung am 12. März 2007 beschlossen. Das Konzept belastet die Landeshauptstadt mit etwa 2,4 Mio. Euro jährlich. Die Genehmigungsbehörde hat signalisiert, dass die Landeshauptstadt zur Durchführung des Projektes eine deutlich höhere Eigenbeteiligung einbringen muss. Die abgeschlossenen Verträge lassen es zu, dass Fördermittel oder zusätzliche Eigenmittel jederzeit zugunsten der Landeshauptstadt in das Projekt eingebracht werden können. Insofern reduziert zusätzlich eingebrachtes Eigenkapital die jährliche Belastung für die Landeshauptstadt. Deshalb will die Stadtvertretung 8 Mio. Euro in das Projekt einbringen. Mögliche Ansätze für die Realisierung dieses Ziels sind insbesondere folgende Punkte:

1. Veräußerung der rund 5,1 Prozent Anteile der Landeshauptstadt an der Helios Kliniken Schwerin GmbH.
2. Veräußerung der 51 Prozent Geschäftsanteile der Landeshauptstadt an der SAS.
3. Veräußerung von unmittelbar städtischen oder von städtischen Gesellschaften gehaltenen Immobilien und nicht betriebsnotwendigem Anlagevermögen.

Sollten sich in dem beschlossenen Zeitraum andere geeignete Möglichkeiten ergeben, können diese ebenfalls hinzugezogen werden.

Hervorzuheben ist, dass nicht der vorstehende Beschluss, sondern die Verankerung der Kostensenkung auf € 1,6 Mio/Jahr als Höchstbetrag in den Verträgen zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und dem Investor Genehmigungsvoraussetzung ist.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Gert Rudolf
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion und
Liberales

gez. Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE

gez. Manfred Strauß
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN